

Medienmitteilung

Thema	Ruhegehaltsinitiative: die anderen Parteien hängen an veralteten Pfründen fest
Für Rückfragen	Emmanuel Ullmann, Tel. 076 322 79 79 Katja Christ, Tel. 078 698 53 73
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt www.bs.grunliberale.ch
Datum	18. Oktober 2016

Die Grünliberalen Basel-Stadt nehmen mit Enttäuschung und Befremden zu Kenntnis, dass die anderen Parteien morgen im Grossen Rat die Kantonale Volksinitiative «für eine zeitgemässe finanzielle Absicherung von Magistratspersonen (Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern!)» an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags überweisen wollen. Der Grosse Rat hängt damit an veralteten Pfründen fest und verkennt damit nicht nur den Zeitgeist, sondern missachtet auch die jüngsten Umfragen in der Bevölkerung, welche die Initiative mit überwiegendem Mehr befürwortet.

Die Ruhegehälter für ehemalige Regierungsräte sind in der heutigen Ausgestaltung (bis zu 10 Jahren nach Dienstaustritt) nicht mehr zeitgemäss. Verschiedene Kantone haben ihre Regelungen bereits angepasst, nur Basel-Stadt hat es bisher nicht geschafft, eine zeitgemässe Regelung aufzustellen. Die Grünliberalen verlangen deshalb per Initiative die Redimensionierung dieser Ruhegehälter auf maximal drei Jahre.

Unsere Partei hatte bereits kein Verständnis für den Antrag des Regierungsrates, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Es ist ja nur ein Gegenvorschlag denkbar, der weniger weit geht als die Initiative. Die Grünliberalen sind aber überzeugt, dass ein Ruhegehalt von maximal drei Jahren Dauer bereits eine moderate Lösung ist. Eine weitere Anpassung drängt sich aus unserer Sicht nicht auf und würde das Kernanliegen der Initiative unnötig verwässern.

Offenbar haben aber auch die Parteien im Grossen Rat kein Interesse an der längst überfälligen Anpassung der Ruhegehälter – unterstützen sie doch die Überweisung der Vorlage an den Regierungsrat. Diese für uns unverständliche Haltung zeigt das geringe Interesse der anderen Parteien – trotz andersartigen Verlautbarungen im Wahlkampf – die Interessen der Bevölkerung wirklich zu vertreten. Diese Haltung offenbart vielmehr das Bestreben, veraltete Pfründen und damit Mandatsabgaben zu sichern – zulasten der Transparenz und der Steuerzahlenden. Denn andere Gründe sind nicht ersichtlich, weshalb die Ruhegehälter nicht der Realität angepasste werden sollen – hat doch auch aktuell kein einziger Regierungsratskandidat die Kandidatur von künftigen Ruhegehältern abhängig gemacht.

Die Grünliberalen werden als einzige Fraktion im Grossen Rat beantragen, die Initiative direkt vors Volk zu bringen, selbstverständlich mit der Empfehlung auf Annahme.

Weitere Informationen zu unserer Initiative finden Sie unter ruhegehalt.ch